

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung

Preis: Monatsabonnement R. 1.75 einschließlich
Erzgebühren. Erscheint täglich werktags.

Telefon 2707 — Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. H., Luisenstraße 26

Anzeigenpreise: Die sechsgepaltenen 6 mm breite Anzeigen-
zeile kostet 15 Bfg., auswärts 20 Bfg., im Reklametal-
ler 22 mm breit 60 Bfg. — Die Einzelnummer 10 Bfg.
Postkassentkonto: Frankfurt am Main 39 884.

Ar. 277

Mittwoch, den 26. November 1930.

5. Jahrgang.

Goldzunahme bei der Reichsbank.

Der Ausweis aus der dritten Novemberwoche. Die Wechselbestände
haben abgenommen. Rückfluß von Reichsbanknoten und Renten-
bankscheinen. Goldbestände und bedungsfähige Devisen.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 22. November hat
in der dritten Novemberwoche die gesamte Kapitalanlage
Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um
8 Mill. auf 1774.9 Mill. Rm. ermäßigt.
Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und
Schecks um 61.3 Mill. auf 1603.2 Mill. Rm. und die Lombard-
bestände um 37.1 Mill. auf 61.3 Mill. Rm. abgenommen, die
Bestände an Reichsbankwechseln um 7.7 Mill. auf 8.0 Mill.
abgenommen.

Zunahme der fremden Gelder.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind
8.5 Mill. Rm. in die Kassen der Bank zurückgefloßen, und
es hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 176.5 Mill.
auf 3954.3 Mill. Rm., derjenige an Rentenbankscheinen um
10 Mill. auf 390.9 Mill. Rm. verringert.
Unter Berücksichtigung, daß in der Berichtwoche Renten-
bankscheine in Höhe von 0.4 Mill. Rm. getilgt worden sind,
haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen
auf 55.8 Mill. Rm. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit
2.3 Mill. eine Zunahme um 120.6 Mill. Rm.

Besserung der Goldbestände.

Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben
um 24.0 auf 2689.7 Mill. Rm. erhöht. Im einzelnen haben
die Goldbestände um 80 000 Rm. auf 2179.9 Mill. Rm. und die
Bestände an bedungsfähigen Devisen um 23.9 Mill. auf
28 Mill. Rm. zugenommen.
Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöht sich von
28 Prozent in der Vorwoche auf 55.1 Prozent, diejenige durch
Gold und bedungsfähige Devisen von 64.5 Prozent auf
80 Prozent.

Kürzungen der Reichsausgaben.

134 Millionen Abstriche im Etat für 1930.

Dem Reichstag ist eine Zusammenstellung der am Reichs-
haushaltsplan 1930 vorgenommenen Ausgabenkürzungen zu-
gegangen. Entsprechend dem Reichstagsbeschluss betragen diese
Kürzungen insgesamt 134 Millionen Mark. Der größte Teil der
Kürzungen entfällt auf das Reichsarbeitsministerium mit rund
35 Millionen Mark. Dann folgen die Allgemeine Finanzverwal-
tung mit über 16 Millionen, das Reichswehrministerium mit
15 Millionen, der Kriegslastenhaushalt mit 13 Millionen, der
Haushalt des Finanzministeriums mit 12 Millionen, der Ver-
sorgungshaushalt mit 14 Millionen und der Haushalt des Er-
nährungsministeriums mit 10 Millionen Mark.

Im einzelnen sind u. a. folgende Kürzungen vorgenommen
worden: Die vom Reichstag beschlossene Unterstützung des Ber-
liner Philharmonischen Orchesters mit 120 000 Mark ist gestrichen
worden. Ferner sind im Haushalt des Innenministeriums die
Mittel zur Förderung kulturell gemeinnütziger Einrichtungen
und Vereinigungen um die Hälfte auf 270 000 Mark herabgesetzt
worden. Bei der Studentischen Wirtschaftshilfe sind 600 000
Mark weggefallen.

Im Haushalt des Wirtschaftsministeriums ist der Ansatz von
400 000 Mark für die Leipziger Messe weggefallen. Beim Arbeits-
ministerium wurden die Mittel für den Wohnungsfürsorgefonds
von 12,5 auf 6 Millionen herabgesetzt, die Mittel für die Klein-
rentnerfürsorge um 5 auf 35 Millionen. Beim Haushalt des
Reichswehrministeriums sind die Kürzungen im einzelnen nicht
mitgeteilt. Es wird lediglich festgestellt, daß von den 15 Millionen
auf das Reichsheer 10,7 und auf die Marine 4,3 Millionen
entfallen.

Rücktritt des Reichsjustizministers.

Ein Beschluss des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei.

Der Reichsausschuss der Wirtschaftspartei hat im Einverne-
hen mit Reichsjustizminister Prof. Dr. Brecht in seiner Sitzung
vom 25. November einstimmig folgenden Beschluss gefasst: Be-
reits am 26. September hat der Reichsausschuss beschlossen,
daß sich die Wirtschaftspartei an keiner Regierung im Reich
beteiligt, auf die die Sozialdemokratie unmittelbar oder mittel-
bar Einfluß ausübt. Die Ereignisse der letzten Zeit
beweisen aber, daß die Reichsregierung Brü-
ning ihre Politik in Ansehung der Sozial-
demokratie unter Preisgabe lebenswichtiger
Interessen des deutschen Volkes und der
deutschen Wirtschaft durchzuführen versucht.
Nach Ansicht der Wirtschaftspartei können auf diesem Wege die
großen Lebensprobleme des deutschen Volkes in der Innen- und
Außenpolitik nicht gelöst werden. Infolgedessen lehnt die Wirt-
schaftspartei die weitere Unterstützung des Kabinetts Brüning ab.

Der Reichsausschuss der Wirtschaftspartei hat sich bei
seinen Beratungen über die weitere Einstellung der Partei zum
Kabinetts Brüning auch mit dem Konflikt Reichstagsfraktion
beschäftigt. Als Ergebnis wurde mitgeteilt: Der Reichsausschuss
der Wirtschaftspartei billigt und vertritt den Standpunkt, den
die Thüringer Landtagsfraktion im Sinne aller Thüringer Re-
gierungsparteien eingenommen hat.

Das Rücktrittsgesuch.

Zu dem Kommuniqué der Wirtschaftspartei, worin die
weitere Unterstützung der Regierung Brüning abgelehnt wird,
wird noch mitgeteilt, daß der von der Wirtschaftspartei gestellte
Reichsjustizminister Dr. Brecht beim Reichskanzler Brüning be-
reits sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe. Unmittelbar nach
Eingang des Demissionengesuches empfing der Reichskanzler den
Parteilführer der Wirtschaftspartei Abg. Drenth und den Ab-
geordneten Wollath (Wp.), um mit ihnen über das Demis-
sionsgesuch und seine Folgen zu verhandeln. Minister Brecht
selbst ist augenblicklich krank und von Berlin abwesend.

Zu dem Rücktrittsgesuch des Reichsjustizministers Dr. Brecht
wird noch gemeldet, daß dieses Gesuch diesmal bewilligt werden
wird. In politischen Kreisen verlautet, daß der Reichspräsident
von Hindenburg nicht die Absicht habe, Minister Dr. Brecht noch
einmal um ein Verbleiben im Amte zu bitten. Ueber die Frage
der Nachfolgerschaft verlautet noch nichts. Es besteht das
Gerücht, daß das Reichsjustizministerium zunächst durch einen
Staatssekretär verwaltet werden soll. In parlamentarischen
Kreisen ist man jedoch der Ansicht, daß ein so wichtiges
Amt nicht auf die Dauer kommissarisch betreut werden könnte.

Urteil im Reichsbahnkonflikt.

Das Reich mit seinen Anträgen abgewiesen.

In der Verfassungsrechts-Streitfrage zwischen Reich und den
Ländern Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg um die Benennung von Verwaltungsratsmitgliedern für
die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat der
Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich den Antrag des Reiches
abgewiesen und dahin entschieden,

daß auf Grund der zur Auslegung des Staatsvertrages
über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich vom
30. April 1920 abgegebenen Erklärungen die Länder Bayern,
Sachsen, Württemberg und Baden das Recht haben, je ein Mit-
glied des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft zu er-
ennen.

Die Begründung.

In der Begründung der Entscheidung über die Benennung
von Verwaltungsratsmitgliedern der Reichsbahn fügte der
Vorherrschende Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke nach längeren
juristischen Darlegungen aus: Nach dem Gesetz zur Verän-
derung des Reichsbahngesetzes vom 13. März 1930 ist die Be-
setzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn we-
der ganz auf die Reichsregierung übergegangen. Sie hat also
zur Zeit über 18 Sitze zu verfügen. Rechnet man davon den
Preußen zugesprochenen Sitz ab und selbst weitere vier für die
Vorzugsaktionäre, obwohl der Übergang der Sitze an diese
jedemfalls nicht in absehbarer Zeit zu erwarten ist, so verbleiben
noch dem Reiche zur Besetzung immer noch 13 Sitze.

Tabaksteuer und Finanznot der Gemeinden.

Aus dem Haushaltsausschuss des Reichstages.

Berlin, 25. November.

Der Ausschuss führte die Einzelaussprache über die Notverordnung
dem Titel: „Tabaksteuer“ fort.
Ministerialdirektor Dr. Ernst (Reichsfinanzministerium) erläuterte
eine Anzahl dem Ausschuss zugeleiteter Tabellen über Belastung
und Abgabenergebnisse der Tabakerzeugnisse.

Danach wird der Gesamtertrag aus Steuern und Zöllen für
Tabakerzeugnisse mit rund 1 311 000 000 pro Jahr errechnet. Das
bedeutet eine Abnahme gegenüber dem Jahre 1929 von 100 000 000.
Nur die Einnahmen aus Zöllen auf Tabakerzeugnisse auf 1 105 000 000,
daß ein Mehrertrag von 206 000 000 aus der Steuer- und Zoll-
belastung sich ergeben wird. Hieran fallen aber 37 000 000 auf Grund
des Artikels 4 des Entwurfs abzugeben, so daß der Mehrertrag für
das Rechnungsjahr 1931 auf 169 Millionen anzunehmen sei.

Eine Tabelle über die Verteilung der Abgabenergebnisse, die die
Bedeutung der Tabakerzeugnisse aus Steuer und Zoll der
einzelnen Belastung gegenüberstellt, kommt zu folgenden Ergebnissen:
Bakken bisher 222 000 000, künftig 304 160 000, also 82 160 000
mehr; Zigaretten bisher 754 100 000, künftig 844 290 000, also
90 190 000 mehr; feingehackter Rauchtabak (Steuerbegünstigter)
bisher 73 000 000, künftig 95 800 000, also 22 800 000 mehr, anderer
Rauchtabak bisher 1 300 000, künftig 1 110 000, also 190 000 weniger.
Pfeifentabak bisher 44 100 000, künftig 52 750 000, also 8 650 000
mehr; Kautabak bisher 3 300 000, künftig 5 500 000, mithin 2 200 000
mehr; Schnupftabak bisher 2 100 000, künftig 3 000 000, mithin
900 000 mehr und Zigarettenhüllen unverändert 5 000 000.

Auf Grund der neuen Belastung der Tabakerzeugnisse rechnet die
Reichsregierung mit folgenden Durchschnittspreisen im Kleinverkauf:
Bakken 16 Bfg., Zigaretten 52 Bfg. pro Stück, Steuerbegünstigter,
feingehackter Rauchtabak 12 Mark pro Kilogramm, anderer Fein-
rauchtabak 18 Mark pro Kilogramm, Pfeifentabak 10 Mark pro Kilo-
gramm, Kautabak 20 Bfg. pro Stück, Schnupftabak 7 Bfg. je Kilo-
gramm.

Abg. von Cremer (Dp.) betonte, daß zu der Vorlage der neuen
Tabaksteuer, wie sie der Reichstag verabschiedet hat, die Regierung
zwar eine Mehrheit im Reichstag finden werde.

Abg. Gerk (Soz.) glaubte, daß der Rückgang des Konsums in
Zigaretten und Zigaretten durch die Tabaksteuererhöhung viel größer
werden werde, als die Regierung annehme.

Ministerialdirektor Ernst (Reichsfinanzministerium) war der An-
sicht, daß in der Tabaksteuervorlage ein großer Vorteil stehe. Werde
nämlich vom Reichstag verabschiedet, so gebe dies dem Tabak-
steuererhöhung für lange Zeit die so dringend benötigte Gewissheit
der Ruhe bezüglich des Ausmaßes der Steuerbelastung.

Damit war die Aussprache über die Tabaksteuervorlage im Haus-
haltsausschuss abgeschlossen.

Es folgte der Bericht des Ausschussreferenten

Abg. Dr. Gerk (Soz.) über den zweiten Abschnitt der Notver-
ordnung, der die

Erschließung von Einnahmen für die Gemeinden

behandelt. Der Redner wandte sich insbesondere gegen verschiedene
Bestimmungen im Rahmen der Bürgersteuer. Wenn also alle erfassten
Städte die neuen Steuern einführen könnten: Sie 348 Rmk. je Ein-
wohner vereinnahmen, d. h. 63,5 Prozent ihrer Zehlbeträge würden
nicht gedeckt werden können.

Ministerialdirektor Dr. Jarde (Reichsfinanzministerium) war
der Ansicht, daß eine Gefährdung der Finanzverhältnisse in den Ge-
meinden durch die Bürgersteuer beschleunigt würde. Er sprach sein
Bedauern aus, daß nur wenige Gemeinden die Einnahmenquellen
erschöpfen wollen, die ihnen die Notverordnung des Reichspräsi-
denten gibt.

Abg. Dr. Cremer (Dp.) hielt die Getränkesteuer für ein höchst
unrichtiges Produkt. Uebrigens sei ihm auch zur Kenntnis gekommen,
daß bereits in engeren Kreisen der Reichsregierung selbst keine große
Bevölkerung mehr für die Gemeinde-Getränkesteuer vorhanden sei.
Sie wird also aus der Notverordnung entfernt werden müssen.

Hierauf vertagte sich der Ausschuss auf Mittwoch.

Neue Notverordnung?

Der Sinn der Kanzlerbesprechung mit den Parteiführern.

Es ist damit zu rechnen, daß die Besprechungen des Reichs-
kanzlers mit den Parteiführern bis etwa Donnerstag bereits
die notwendige Klarheit bringen werden, damit der Kanzler
dann seine Entschlüsse über die Inkraftsetzung des Finanz- und
Wirtschaftsprogramms fassen kann. Die Entscheidung, in
welcher Form die Inkraftsetzung erfolgt, liegt jetzt bei den Par-
teien. In den Besprechungen mit ihnen soll sich zeigen, ob sich
eine parlamentarische Verabschiedung bis spätestens 23. Dezem-
ber, also bis Weihnachten, ermöglichen läßt. Dabei ist die Re-
gierung zwar bereit, Abänderungswünschen Rechnung zu
tragen, die den Charakter und die Bedeutung ihres Programms
nicht ändern oder schmälern. Sie steht aber allen Abänderungs-
wünschen, die darüber hinausgehen, ein bestimmtes Nein ent-
gegen.

Wenn sich nun herausstellt, daß eine parlamentarische Mehr-
heit nicht gesichert erscheint, so wird das Programm zweifel-
los noch vor dem 3. Dezember, an dem der Reichstag wieder zu-

Blinkwunder

putzt Fenster ohne Wasser blank wie ein Spiegel

Warum das Reich von diesen nicht hier an die vier streitenden Länder abgeben könnte, ist nicht einzusehen. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß der Einzug von Landesvertretern in den Verwaltungsrat dessen Aufbau führen oder die Länderinteressen in den Vordergrund schieben würde. Es liegt keinerlei Anhalt dafür vor, daß die Landesvertreter nicht ebenso ihr Amt im Sinne des Wohles des ganzen Volkes ausüben werden, wie dies die von der Reichsregierung ernannten Vertreter tun.

Politische Tageschau

← **Begründung der Deutsch-Spanischen Gesellschaft.** Im Plenarsaal des Reichstages fand eine Eröffnungsfest für die neubegründete Deutsch-Spanische Gesellschaft statt, deren Aufgabe es sein soll, die zwischen Deutschland und Spanien bestehenden Sympathien zu pflegen und zu vertiefen. Das Haus war bis auf den letzten Platz im Saal und Rängen von einer erlesenen Gesellschaft aus allen Kreisen des Berliner öffentlichen und geistigen Lebens gefüllt. Der Vorsitzende, Excellenz Freiherr von Rechenberg betonte in seiner Begrüßungsansprache die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Spanien. Die Deutsch-Spanische Gesellschaft sei kein politischer Verein, sondern erstrebe vor allem kulturelle und wirtschaftliche Ziele.

← **Zusammenkunft Grandi-Litwinow in Mailand.** Der italienische Ministerpräsident des Auswärtigen, Grandi, und der russische Volkskommissar des Auswärtigen, Litwinow, trafen in Mailand zusammen. Die beiden Minister hatten eine lange freundschaftliche Unterredung, in der sie ihre Meinungen über politische und wirtschaftliche Fragen austauschten, die für die beiden Länder von Bedeutung sind. Auch die weitere Entwicklung der italienisch-russischen Beziehungen war Gegenstand dieser Aussprache.

← **Abschluß der Vortragsreise Dr. Schachts in Amerika.** Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht schloß seine Vortragsreise durch die Vereinigten Staaten mit einer Aussprache vor über 600 prominenten Bankiers, Industrieführern und Wirtschaftlern ab, die aus Philadelphia, Washington und anderen Städten nach Baltimore eigens gekommen waren. Unter ihnen befand sich auch der bekannte amerikanische Nationalökonom Dr. Fribay, der die Ansicht äußerte, daß Deutschland noch für einige Zeit wirtschaftlich in der Lage sei, Reparationen zu zahlen. Das Argument, daß Deutschland die Reparationen mit amerikanischen Anleihen gezahlt habe, sei irreführend. Es habe das Geld aus der eigenen Wirtschaft herausgeholt. Dieses Herausholen unter Hochdruck könne jedoch nicht lange mehr weitergehen. Dr. Schacht betonte, daß er als Privatmann spreche und keine Streichung der Reparationen verlange, aber entweder müsse Deutschlands Export um fünfzig Prozent gesteigert werden, was ohne Erschließung neuer Absatzmärkte durch amerikanisches und anderes Kapital offensichtlich unmöglich sei, oder die Reparationen müßten verringert werden, sonst würden spätestens binnen Jahresfrist die deutschen Reparationszahlungen automatisch aufhören.

← **Der Antrag auf ein Einwanderungsverbot für die Vereinigten Staaten.** Die Ankündigung des amerikanischen Senators Reed, daß er auf der Tagung des Kongresses beantragen werde, jegliche Einwanderung in die Vereinigten Staaten mit Wirkung vom 1. Juli 1931 ab für zwei Jahre zu verbieten, wird von der republikanischen und von der Arbeiterpresse durchweg begrüßt. Auch Senator Davis von Pennsylvania, bisher Arbeitsminister, erklärte, den Antrag zur Verhinderung eines weiteren Anschwellens der Arbeitslosenfrage kräftig unterstützen zu wollen. Zur Zeit läßt sich noch nicht voraussagen, ob die beiden Häuser des Kongresses dem Antrag zustimmen werden.

← **Der Rektor der Albertus-Universität in Königsberg.** Professor Dr. Andree hat, um die notwendige Neuordnung der Universitätsverhältnisse nicht durch seine Person zu erschweren, sein Rektorat mit sofortiger Wirkung niedergelegt.

← **Wie gemeldet wird,** hat sich Pastor Harfinger, dem von der polnischen Presse die Erschließung eines polnischen Volkstums zur Last gelegt wird, wieder nach Ostoberschlesien begeben und dem Präsidenten Galonder wie auch den polnischen Behörden zur Verfügung gestellt.

Dr. Dornier über seine Erfahrungen mit dem Do X.

Berlin, 26. Nov. Dr. Dornier erklärte telefonisch aus La Coruna, daß bei den bisherigen Flügen mit dem Do X so viele wertvolle Erfahrungen gesammelt worden seien, daß das Vertrauen zu der Maschine mit jedem Tage gewachsen sei. Auch die Curtiss-Motoren seien während des ganzen Fluges glänzend gelaufen. Als lächerlich bezeichnete Dr. Dornier das Gerücht von den Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Kommandanten Christiansen. Ein besseres Einverständnis sei nicht zu denken. Die Mannschaft sei glänzend aufeinander eingespürt. Das Boot habe praktisch in La Coruna eine Seepfandung bestanden, die weit über das hinausgehe, was man allgemein unter Seepfandung bei Abnahmen verstehe. Die Betriebsmittelübernahme hat an allen Etappenstationen tadellos geklappt. Zusammenfassend erklärte Dr. Dornier, daß bei den guten Erfahrungen, gerade bei dem Sturm in der Biskaya, keine Rede davon sein könne, daß der Flug über den Ozean aufgegeben wird. Die Entscheidung, ob für den Ozeanflug die Nord- oder Südroute gewählt wird, dürfte in aller kürzester Zeit fallen. Dr. Dornier wird jetzt zum Besuch verschiedener spanischer Regierungsstellen nach Madrid fahren, und sich dann nach Paris begeben, um dort bei der Eröffnung der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung beizuwohnen, wo das Flugboot Do X zum erstenmale der Öffentlichkeit gezeigt wird.

Wechsel im spanischen Kabinett

Madrid, 26. Nov. Der Innenminister General Marzo ist zurückgetreten. An seine Stelle ist der bisherige Minister für öffentliche Arbeiten, Motos, getreten. Dessen Ministerium ist dem bisherigen Justizminister Estrada übertragen worden. Das Justizministerium hat Montes Novellas übernommen. Die neuen Minister haben sich um 15 Uhr nach dem Palais begeben, um den Eid zu leisten.

Aus Nah und Fern.

← **Frankfurt a. M.** Das Hochwasser des Mains ist auf der ganzen Linie zum Stillstand gekommen und hat voraussichtlich seinen Höchststand erreicht. Bei Schweinfurt beginnt das Wasser langsam zurückzugehen. Allerdings sind wieder ausgiebige Regenfälle gemeldet, die stärker sein sollen. Zu einer Beunruhigung liegt vorläufig jedoch kein Grund vor.

Inthronisation des neuen Bischofs von Limburg.

← **Limburg.** Am 8. Dezember (Mariä Empfängnis) findet der feierliche Einzug und die Inthronisation des Bischofs Dr. Antonius Hilfrich statt. In feierlicher Prozession wird man den Bischof nach dem hohen Dom geleiten, wo ein Pontificalamt stattfindet. Weiter ist eine akademische Feier vorgesehen. Wegen der Not der Zeit wird man von einer öffentlichen Serenade oder Fackelzug absehen.

← **Frankfurt a. M. (Sein letztes Geheimnis.)** Durch ein Heiratsinserat machte eine 42-jährige ledige Frau aus der Gegend von Groß-Gerau die Bekanntschaft des 46-jährigen Möbeltransporteurs Georg Felle, der sich als ledig und kinderlos ausgab und sich mit ihr verlobte. Er behauptete eine Jahresrente von 1000 Mark zu haben und gab die Absicht kund, eine Elektrogroßhandlung zu kaufen. Nach und nach gelang es ihm, der Braut und ihrer 77-jährigen Mutter in bar und in Wechseln alle Mittel, nämlich insgesamt rund 11 920 Mark, zu entziehen, und als er sein Schicksal so weit im Troden hatte, verriet er der Braut sein letztes Geheimnis: daß er schuldblos geschieden sei. Die Braut hatte sich lange vorher mehrfach und eindringlich bei ihm erkundigt, ob er ledig und kinderlos sei, was er stets bejahte. In Wirklichkeit hatte F. aus erster Ehe Kinder, war von der zweiten Frau als schuldiger Teil geschieden worden und besaß nur eine Rente von 200 Mark pro Jahr, die obendrein verpfändet war. Noch ehe F. seine Beziehungen zu der Braut gelöst hatte, fing er schon ein weiteres Verhältnis an und heute besitzt er die dritte Frau, während jene Braut ihr Geld los ist und keinen Mann hat. Das Große Schöffengericht gab dem rückfälligen Betrüger, gegen den eine Zuchthausstrafe beantragt war, zweieinhalb Jahre Gefängnis.

← **Frankfurt a. M. (Lizenzschwindel im Großen.)** Generalvertreter für die Provinz Hessen-Nassau u. a. suchte vor längerer Zeit eine Berliner Firma zur Ausbeutung der Lizenz für einen Kellameleuchtapparat, der in Cafés und anderen Geschäftshäusern Aufstellung finden sollte.

Lokales.

Bad Homburg, den 26. November 1930.

Volksliederabend im Kurhaus. Studienrätin Fräulein C. Speyer hielt gestern abend im Konzertsaal des Kurhauses einen lehrreichen Vortrag über die Erforschung und Entwicklung des deutschen Volksliedes, in dem sie eingehend die neuzellische Forschung des Volksliedes, dessen Charakter und Entstehung behandelte. Mehrere von der Rednerin gesammelte, aber wenig bekannte Volkslieder gelangten durch Fräulein Speyer und Herrn Proscholdt-Felebrichsdorf zur Darbietung. Allgemeines Interesse fand die Vorführung und Erläuterung des Phonogramm-Apparates, wobei Gefänge aufgenommen und sogleich wiedergegeben wurden.

Die Kapellkapelle hatte am gestrigen Abend die Leitwand verdrängt und warf bei verstärktem Orchester mit einem „Wiener Operellen-Abend“ auf. Mit echt Wiener Weisen, einem Marsch „Wien bleibt Wien“ und dem Straußschen Walzer „Geschichten aus dem Wiener Wald“ fleg man unter der fähigen Leitung von Kapellmeister Franz Wild ins Programm. Herr Richard Schmück-Bad Homburg, der erst vor kurzem im Kurhaus mit großem Erfolg debütierte, erfreute mit seinem wohlklingendem Bariton seine Hörerschaft durch einige Gesangsvorträge. Eine anmutige Tanzkünstlerin lernte man in Lo Diana kennen, elegant, beschwingt ihr Auftreten im Straußwalzer „Wiener Blut“, frisch, temperamentvoll und lebhaft ihr Auftreten im Jurek'schen Deutschmeisler-Marsch. Mit dem Wiener Flakermarsch fand das Programm einen glanzvollen Abschluß.

Die zahlreichen Bewerber, darunter auch verschiedene aus Frankfurt a. M., wurden zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen. Hier wurde ihnen der zum Patent angemeldete Apparat vorgeführt und ein umfangreicher Vertragssentenz ausgehandelt, der juristisch so ausgelegt war, daß keiner der Lizenznehmer vollständig verstand. Sie leisteten mehrere tausend Mark Anzahlung für die Lizenzgebühr, mehr noch weitere Zahlungen leisten, aber von dem Kellameleuchtapparat bekamen sie nichts mehr zu sehen. Die Frankfurter Opfer haben je za. 8—10 000 Mark „Lizenzen“ bezahlt, von denen sie wohl kaum wieder etwas zurückerhalten werden. Die Zahl der Geschädigten im ganzen Reich beläuft sich auf über 100. In der Sache, die in ihrer Art an die bekannten großen Schwindelfälle der letzten Jahre erinnert, findet in nächster Zeit vor dem Berliner Gericht Termin statt.

← **Limburg.** (Einheitsfront der Verbraucher.) Die Vorstände der hiesigen Spitzenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben die Bildung einer gemeinsamen Einheitsfront der Verbraucher beschlossen. Der leibengliederige Ausschuss wurde gewählt, der im Benehmen mit der Stadtverwaltung und den in Frage kommenden Organisationen des Handels und Gewerbes die weiteren Verhandlungen in der Preislenkungsfrage alsbald aufnehmen wird.

← **Biedenkopf.** (Bürgersteuer in Biedenkopf.) In der letzten Sitzung der Stadtverordneten gab der Magistrat einen Ueberblick über die Finanzlage der Stadt. Der Mehlbetrag ist bereits auf 33 000 Mark angewachsen, die Summe, die bis Ende des Etatsjahres noch auf 45 000 Mark steigen würde, wenn dem nicht durch Mehreinnahmen Halt geboten wird. Hierzu soll die Bürgersteuer erhöht werden, durch die eine Mehreinnahme von 9000 Mark erzielt wird. Die Einführung dieser Steuer wurde vom Magistrat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen.

← **Rassel.** (Hafenleuchte.) Ein vor einigen Tagen im Revier Wellerode gefundener Hase ist nach einem Guckten des veterinärpathologischen Instituts in Gießen Knotenleuchte eingegangen. Der verendete Hase hat wahrscheinlich die Seuche weiterverbreitet, so daß dem Halenstande eine ernste Gefahr droht. Zur Bekämpfung der Seuche müssen die kranken Hasen abgeschossen werden. Die kranken Tiere sind daran zu erkennen, daß sie unaufmerksam umhertrage sind. Sie sind nicht mehr flüchtig und entgehen dem Hund nicht mehr.

Kriegsgräberfürsorge. Der erweiterte Vorstand des Bezirksverbandes Nassau des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Frankfurt, hat Herr Pfarrer Frh. Hippoldt-Homburg zum stellvertretenden Vorsitzenden des Bezirksverbandes Nassau gewählt.

Das 25 jährige Arbeitsjubiläum bei der hiesigen Effigfabrik W. Scheller & Co., Löwengasse 15, feiert Küfer Wilh. Müller aus Unspach, l. Es.

← **22.4 Millionen Krankenkassenmitglieder.** In Deutschland waren im Jahre 1929, wie aus einer Uebersicht des Statistischen Reichsamtes hervorgeht, 732 reichsgesetzliche Krankenkassen (ohne Ersatzkassen) tätig. Der Mitgliederbestand der reichsgesetzlichen Krankenkassen hat sich um rund 294 000 erhöht. Bei den Landkrankenkassen wie bei den Betriebskrankenkassen war die Mitgliedschaft geringer als im Vorjahre. Insgesamt waren im Jahresdurchschnitt 1929 21 Millionen, wenn man die Ersatzkassen mit rechnet, etwa 22.4 Millionen Personen in reichsgesetzlichen Krankenkassen versichert. Von den reichsgesetzlichen Krankenkassen wurden 12.4 Millionen (gegen 11.1 Millionen im Vorjahr) mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle und 292.3 (281.1) Millionen Krankheitsstage gezahlt. Die durchschnittliche Krankheitsdauer ist von 24.2 auf 23.7 Tage gesunken. Auf ein Mitglied entfielen 14 Krankheitsstage gegen 13.6 im Vorjahr. Die Zahl der Sterbefälle der Mitglieder unter der Familienangehörigen ist um 9.8 Prozent gestiegen. Die Beitragseinnahmen sind je Mitglied von 92.63 auf 98.23 Mark oder um 6.1 Prozent angewachsen. Die Gesamteinnahmen der reichsgesetzlichen Krankenkassen beliefen sich auf 2109.2 Millionen (gegen 1952.6 Mill.), während sich die Ausgaben von 1863 Millionen auf 2008.5 Millionen RM. erhöhten.

Gedenktafel.

1701: * Der Astronom Anders Celsius in Upsala († 1744).
1831: * Der Kaufmannsforscher Gustav Radde in Danzig († 1903).
-- 1850: * Der Geograph Rudolf Credner in Göttingen († 1908).

Meine Damen!

Lernen Sie unsere Fohlen-Mäntel kennen!

Die vornehme Eleganz, das wunderbare Material und die große Haltbarkeit dieser Mäntel werden Sie um so mehr ansprechen, als die Preise ganz ungewöhnlich vorteilhaft sind. Nur der direkte Fell-Import gestattet uns Preise wie diese:

165.- 235.- 280.- 380.- 480.- usw.

Für Fohlen-Mäntel in schwarz, braun, natur, nolssette, uni oder mit anderem Besatz in guter Verarbeitung

D. COHN & Co.

Größtes Pelzhaus mit der größten Maßkürschnerei
Frankfurt a. M. Zell 109

Die Stadt Bad Somburg vor der Zwangsetatistierung.

Stadtoberordneten-Sitzung vom 25. November 1930.

Anwesend sind 24 Stadtoberordnete; am Magistrats-Bürgermeister Dr. Eberlein, Beigeordneter Dr. Dippel, die Stadträte Gilt, Quirnbach, Schubl, Seebach, Simon. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt der Vorsitzende zur Kenntnis, daß die in der vorigen Sitzung entstandene Kontroverse Stv. Bernd-Bürgermeister Dr. Eberlein durch eine Erklärung des letzteren beigelegt sei. Die Versammlung ehrt sodann das Andenken des kürzlich verstorbenen früheren Oberbürgermeisters Lübcke durch Erheben von den Sitzen.

1. Aufbringung der Mittel zur Deckung des im Rechnungsjahre 1930 zu erwartenden Fehlbetrages und Mitteilung der Stellungnahme des Magistrats vom 20. November.

Das Plenum hatte sich bereits in der vorigen Sitzung dieser Materie beschäftigt. Damals wurde die Magistratsvorlage einstimmig abgelehnt. Der Magistrat will aber seine Deckungsvorlage aufrecht, die bekanntlich besteht: Einfache Bürgersteuer mit einem Ertrag von 1000 Rmk., Erhöhung der Gewerbesteuer rückwirkend ab 1. April 1930 um 50 Prozent auf 450 Prozent mit einem Ertrag von 19000 Rmk., Erhöhung der Grundvermögenssteuer um 20 Prozent auf 380 Prozent mit einem Ertrag von 34000 Rmk. und Erhöhung der Biersteuer lt. Polizeiverordnung mit einem Ertrag von 5000 Rmk. Der Vorsitzende appelliert an die, die Anhänger der Selbstverwaltung sind, die Mittel bewilligen. Da der Bezirksausschuß nur bei Vorliegen zweier Anträge angerufen werden kann, macht der Vorsitzende noch folgenden Vorschlag: Die Stadtoberordnetenversammlung tritt für Fortsetzung der Wohlfahrtsausgaben ein, bewilligt die Brennstoffe für den Winter, hebt die Bürgersteuer; die Summe des noch zu erwartenden Fehlbetrages wird durch einen laufenden Kredit aufgenommen, der sodann im Etatjahr 1931 getilgt werden soll.

Bürgermeister Dr. Eberlein hält es zweifelhaft, ob der derzeitigen Parteikonstellation und Lage ein Kredit aufgenommen werden kann mit der Zusicherung, in Frage kommende Summe auch wieder zu zahlen. Er bittet schließlich, die Steuervorlage anzunehmen.

Stv. Kiedel (Opp.) lehnt eine nochmalige Beratung der Magistratsvorlage ab und stellt den Antrag, den Punkt 1 zu übergehen und zur Tagesordnung zu überleiten.

Stv. W. Schmidt (Dnl.) stimmt seinem Vorredner ab, daß die beiden Magistratsvorlagen identisch seien. Eine Einschränkung der Wohlfahrtsausgaben könne nicht in Betracht kommen. Nach der ganzen Situation möge nun der Stadtkommissar kommen und die Steuern festsetzen.

Bürgermeister Dr. Eberlein erklärt, die Ablehnung des Punktes 1 bedeute auch die Ablehnung des zweiten Punktes. Das Eingreifen eines Stadtkommissars würde die Kreditfähigkeit einer Stadt dokumentieren.

Stv. Debus (D. B. P.). Man habe wohl vor dem Jahre noch Steuern bewilligt. Heute könne man die Verantwortung unmöglich übernehmen, Gewerbe und Handwerk weitere Steuern aufzuerlegen. Die Bürgersteuer, wie sie jetzt bestehe, sei ungesetzmäßig. Redner lehnt ebenfalls die Gesamtvorlage in dieser Form ab.

Bürgermeister Dr. Eberlein äußert, Wohlfahrtsausgaben seien wohl zwangsläufig, wenn aber keine Mittel da sind, könne auch hier nichts gegeben werden. Die Stadt habe z. B. 500 Wohlfahrtsarbeitslose, das Arbeitsamt 375 Arbeitslose zu betreuen.

Stv. Dippel (Soz.) lehnt jede Ueberbrückung ab und äußert, daß noch keine andere Deckungsvorlage gemacht worden sei. Auch für eine dreifache Bürgersteuer, die man sie jetzt von bürgerlicher Seite vorschläge, seien die Freunde nicht zu haben, da auch die Massenheuern einmal ein Ende haben müßten. Die hiesige Gewerbesteuer sei relativ niedrig. Die Weihnachtshilfe müßte gegeben werden, da sie im Etat vorgesehen sei. Redner lehnt das ganze Steuerbuckel ab.

Stv. Kiedel (Opp.) meint, seit der Erzberger'schen Steuerreform könne man in Deutschland von einer Selbstverwaltung nicht mehr sprechen. Schuld sei man abhängig von der obersten Stelle. Seit 1. April habe man einen Prozentsatz Zuwachs von Wohlfahrtsempfängern. Um Mittel frei zu machen, solle man einmal die hohen Gehälter für einen Monat zurück behalten.

Stv. Schmidt (Dnl.) spricht u. a. den Vorschlag aus, doch einen so hohen Satz der Bürgersteuer (2 1/2 fache) zu erheben, daß mit dieser Summe das Defizit gedeckt werden kann.

Stv. Fastrich (Wp.) lehnt jede Erhöhung der Realsteuern ab und spricht sich für Erhebung einer Bürgersteuer aus.

Stv. Debus (D. B. P.) wünscht ebenfalls Abkehr von der Bürgersteuer.

Es kommt nun zur Abstimmung. Der Antrag Kiedel, Punkt 1 von der Tagesordnung abzuheben, wird abgelehnt. Der Antrag Schmidt (siehe oben) verfällt mit 14 : 10 Stimmen ebenfalls der Ablehnung. Auch der erste Eventualantrag, den Fehlbetrag durch laufende Kredite zu decken, fällt mit 16 : 8 unter den Tisch.

Die Abstimmung über den 2. Eventualantrag (2 1/2 fache Bürgersteuer) wird namentlich vorgenommen. Er verfällt mit 18 : 6 Stimmen schließlich auch der Ablehnung. Für diese Steuer stimmten die Stadtoberordneten Bernd, Debus, Böck, Fastrich, Weiß und W. Schmidt.

2. Gewährung einer Winterbeihilfe an die Wohlfahrtsempfänger.

Der Vorsitzende schlägt vor, diesen Punkt, der sowohl auch erledigt sei, den Vereinigten Ausschüssen zu überweisen.

Stv. Kiedel (Opp.) widerspricht dem. Man solle die Devisenrate für Brennstoffe, es sei nur eine geringe Summe, bewilligen. Eventuell könne man auch Gutscheine hierfür ausgeben.

Stv. Dippel (Soz.) spricht etwa in gleichem Sinne wie Vorredner. Da es sich nur um 300 Rm. handle, solle man in Anbetracht der furchtbaren Not die Vorlage annehmen.

Ein Antrag Debus (D. B. P.), der auch von Zentrumsfelle Zustimmung findet, den Magistrat mit der Vorlage zu beschäftigen, wird angenommen.

3. Antrag der oppositionellen Stadtoberordnetenfraktion auf Erhöhung der Unterstützungssätze für die Sozial- und Kleinrentner.

Die Vorlage hat den Vereinigten Ausschüssen zur Vorberatung vorgelegen.

Stv. Kiedel (Opp.) spricht gegen jede Verlagerung. Er wünscht, daß den alten Leuten der frühere Satz wieder gewährt werde.

Stv. Dippel (Soz.) bittet auch den Wohlfahrts-empfangern die gleichen Ratschläge zu gewähren. Der sozialdemokratische Landrat Apel-Böck hat trotz Regierungsvorlage 20 Prozent für die Wohlfahrtsausgaben ausgeworfen. Was der Main-Taunus-Kreis könne, müsse auch der Oberlaunuskreis fertig bringen. Man solle nochmals auf den Landrat einwirken.

Stv. Schmidt (Str.) läßt sich über die furchtbare Not der Klein- und Sozialrentner aus.

Stv. Debus (D. B. P.) wünscht, daß, nachdem alle Sanierungsvorschläge von der Linken abgelehnt worden wären, die Vorlage erst an die Vereinigten Ausschüsse überwiesen wird.

Dieser Antrag wird auch schließlich angenommen.

4. Antrag der Stadtoberordnetenfraktion der Wirtschaftspartei auf Erhöhung des Prozentsatzes aus dem Hauszinssteuereinkommen zu Gunsten des Althausbesitzes.

Der Antrag lautet:

Die Stadtoberordnetenversammlung wolle beschließen, die Stadtverwaltung in Bad Somburg zu ersuchen, bei der Regierung einen Antrag zu stellen, aus dem Hauszinssteuereinkommen unserer Stadt zu Gunsten des Althausbesitzes den Prozentsatz von 5 auf 20 Prozent zu erhöhen.

Zur Begründung des Antrages wird vorgelesen, daß auf Grund des neuesten Bundesgesetzes des Wohlfahrtsministers und Finanzministers vom 3. Juni d. Js. II 3 4079/29 zunächst erneut auf die Bedeutung der Erhaltung des Althausraumes und auf die Notwendigkeit der Bereitstellung öffentlicher Mittel für diese in erster Linie den Gemeinden obliegenden Aufgaben hingewiesen wird. In den Jahren 1929 und 1930 sind hierfür leider keinerlei Beträge vorgesehen bzw. gebilligt worden, man hat den Althausbesitz hierdurch auf das Schwerste geschädigt und die gesetzlichen Bestimmungen nicht geachtet. In diesem neuen Erlasse wird weiter ausgeführt, daß falls in Gemeinden ein dringendes Bedürfnis nach Erhöhung des Anteils von 5 Prozent des Hauszinssteuereinkommens für die Instandsetzung von Althauswohnungen bestehen sollte, er den Kommunen empfehle, entsprechende begründete Anträge ihm zugehen zu lassen. Da in unserer Stadt die Verhältnisse im Althausbesitz besonders schwer gelagert sind, beantragen wir den Prozentsatz aus dem Hauszinssteuereinkommen auf 20 Prozent für den Althausbesitz erhöhen zu wollen.

Gleichzeitig beantragen wir, falls aus bereits genehmigten Hauszinssteuerhypotheken die Bauenden auf diese Gelder verzögert, diese freierwerbenden Beträge dem Althausbesitz auf Grund der Erlasse des Wohlfahrtsministers an erster Stelle zur Verfügung zu stellen.

Stv. Denfeld (Soz.) hält den Antrag zwecklos, da die Hauszinssteuer bis 1932 vergeben sei. Allerdings könne man freierwerbende Hauszinssteuer dem Althausbesitz zusprechen. Redner stellt weiter den Antrag, Hauszinssteuer-Bauschüsse, die nach der dreimonatigen Frist mit dem Bau nicht begonnen haben, die Zuschüsse trotz Zusage nicht zu gewähren und diese Summen dann dem Althausbesitz zukommen zu lassen. Im übrigen erblickt der Redner in dem Antrag eine Gefährdung der Neubaulichkeit, was allerdings von Antragstellerseite entchieden bestritten wird.

Der 1. Teil des Wp.-Antrages, den Prozentsatz aus dem Hauszinssteuereinkommen von 5 auf 20 Prozent zu erhöhen, wird angenommen, ebenso der 2. Teil des Antrages bei namentlicher Abstimmung. Antrag Denfeld verfällt der Ablehnung.

5. Antrag der Stadtoberordnetenfraktion der Wirtschaftspartei auf Aufhebung des Miteinigungsamtes und Angliederung dessen Funktionen an das hiesige Amtsgericht.

Der Antrag lautet:

Die Stadtoberordneten-Versammlung wolle beschließen, die Stadtverwaltung in Bad Somburg zu ersuchen, bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden dahingehend vorstellig zu werden, daß die Funktionen des für Bad Somburg zuständigen Miteinigungsamtes von dem Amtsgericht Bad Somburg übernommen werden.

Zur Begründung unseres Antrages wird vorgelesen, daß am 4. Februar 1930 der Preussische Landtag den Antrag (Drucksache Nr. 3901) angenommen hat, der dahin geht, daß das Staatsministerium darauf hinzuwirken hat, daß die Funktionen des Miteinigungsamtes den Amtsgerichten übertragen werden, soweit der Rückgang der Geschäfte der Miteinigungsämter deren Aufrechterhaltung nicht mehr rechtfertigt.

Auf Grund dieses Landtagsbeschlusses hat das Preuss. Staatsministerium bekanntlich die Regierungspräsidenten ermächtigt und angewiesen, diesbezüglich begründete Anträge der Gemeinden stattzugeben. Wir glauben aus der Beobachtung der Tätigkeit des Miteinigungsamtes Bad Somburg entnehmen zu können, daß die Tätigkeit des Miteinigungsamtes Bad Somburg gegenüber den Vorjahren einen ganz wesentlichen Rückgang erfahren hat. Auf jeden Fall rechtfertigt nach unserer Ansicht der augenblickliche Tätigkeitskreis des Miteinigungsamtes Bad Somburg nicht die dauernde Aufrechterhaltung desselben, namentlich, da die Möglichkeit besteht, daselbe dem Amtsgericht anzugliedern.

Uns veranlaßt zu diesem Antrage insbesondere auch die Ueberlegung, daß das Miteinigungsamt immerhin größere Unkosten verursacht und alles daran gesetzt werden muß, dem Etat der Stadt Bad Somburg entsprechende Erleichterung zu verschaffen durch Einsparung auf der Ausgaben Seite. Dies unterstellt, glauben wir nicht, daß der derzeitige Kostenanwand für das Miteinigungsamt Bad Somburg noch durch die derzeitigen Funktionen desselben gerechtfertigt werden kann.

Nachdem die Stv. Kiedel (Opp.), Schmidt (Dnl.) und Schulz (Wp.) sich zu diesem Antrag kurz äußerten, ging derselbe an die Vereinigten Ausschüsse.

6. Mitteilung des Magistratsbeschlusses über Regelung der Holzhauerlöhne.

Die Angelegenheit hat schon mehrmals das Plenum beschäftigt. Die jetzige Magistratsvorlage stellt vor, den Arbeitern eine Sozialzulage für Frau und Kind von 3 Pf. zu gewähren, ebenso wird eine Wegezulage (über König-Wilhelmsweg) von 1 Rm. zuerkannt. Die Stvo. Denfeld (Soz.) und Birkenfeld (Str.) bedauern die Verschlechterung der ersten Vorlage. Ein Antrag Kiedel (Opp.), den Beschluß vom 11. November 1930 aufrecht zu erhalten, wird angenommen.

7. Ausführung der Kanalisation im Stadtteil Alldorf und Aufbringung eines Teils der hierfür vorgesehenen Mittel durch Darlehen.

Für den ersten Bauabschnitt werden 100 000 Rm. bewilligt, 39 000 Rm. erhält die Stadt hierzu vom Kreis. Die Vorlage geht nochmals an den Magistrat zwecks Beschließung der Geldbeschaffung, ferner um den Beschluß des Kreislages abzumachen.

Interpellationen

Stv. Birkenfeld (Str.) führt Beschwerde über den Zustand des Ueberganges Gluckensteinweg - Stedlerweg. Stv. Bernd (W. B. P.) weist den Magistrat auf den schlechten Zustand des Bommersheimerweges hin.

Stv. Denfeld (W. B. P.) wünscht Ausbesserung der Querstraße.

Stv. Kiedel (Opp.) bringt Beschwerden der Mieter städtischer Häuser vor.

Sitzungsschluß 23¹⁵ Uhr.

Der Radio-Club Bad Somburg hielt am Freitag im „Schützenhof“ einen Vortragsabend über Rundfunkübertragungen, deren Bekämpfung und Beseitigung ab, bei der Herr Ingenieur Scheidt von der Südwestdeutschen Rundfunkgesellschaft sich eingehend über Entstehung und Beseitigung der verheerendsten Rundfunkstörungen ausließ. An Hand eines reichhaltigen Bildmaterials erhielt das Referat eine interessante Ergänzung. Unter anderem wies der Redner darauf hin, daß jeden Samstag nach dem Werbekonzert auf Schallplatten alle Arten der vorkommenden Störungen vorgeführt werden. Die Anwesenden wurden gebeten, die Somburger Funkhilfe und den Radioklub als die Wahrnehmer der Interessen des Rundfunkhörers zu unterstützen. Das Club-Lokal befindet sich Ludwigsstraße 4 (Kurgarten-Café).

Betrifft Angellspori. Zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten seien die dem Angellspori huldigenden Kreise darauf aufmerksam gemacht, daß die Fischereischelte mit Ablauf des Kalenderjahres ihre Gültigkeit verlieren und für das Kalenderjahr 1931 rechtzeitig erneuert werden müssen.

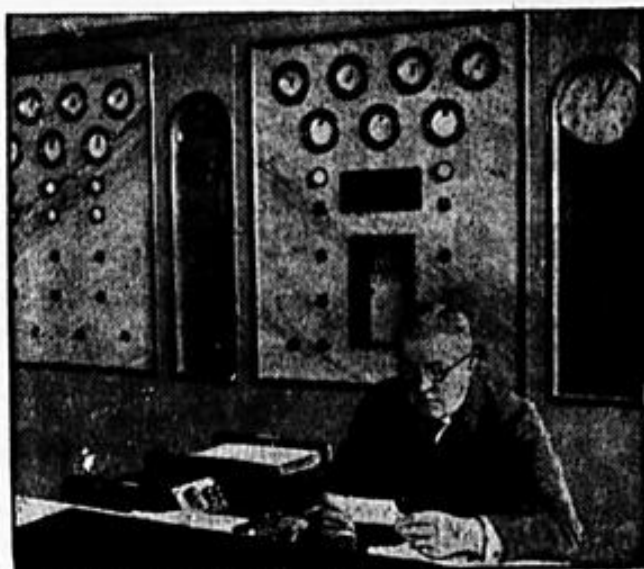
Berlin, 26. Nov. Der Preisentlungsausschuss des Reichskabinetts tritt Ende dieser Woche zum dritten Male zusammen und wird Beschlüsse auf Grund von Vorschlägen zu fassen haben, die in der letzten Sitzung der Reichsregierung zur Sprache gekommen sind. Man ist sich einig darin, daß die Preisentlungsbaktion fortgesetzt werden müsse.

Der Generalkonsul in Rattowitz zur Berichterstattung in Berlin.

Berlin, 26. Nov. Der deutsche Generalkonsul in Rattowitz Freiherr von Grünau ist in Berlin eingetroffen und hat dem Auswärtigen Amt einen Bericht über die polnischen Terrorhandlungen gegen die deutschen Minderheiten in Oberschlesien erstattet. Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, enthält der Bericht des Generalkonsuls ein derart umfangreiches und stichhaltiges Material, über die polnischen Ausschreitungen, daß es möglich sein wird, auf Grund des Minderheitenabkommens und der deutsch-polnischen Konvention über Oberschlesien die entsprechenden Schritte beim Völkerrundrat zu unternehmen.

Das Urteil im Polizei-Prozess.

Berlin, 26. Nov. Das Schöffengericht Berlin-Mitte, das sich in zweitägiger Verhandlung mit den Brüderleien auf dem Polizeirevier 82 beschäftigt hatte, verurteilte heute den Polizeioberwachmeister Gertner wegen vorsätzlicher Körperlicher Mißhandlung in: R. Adorf und Polizeioberleutnant Mader wurden freigesprochen.



Die Zentraluhr der Deutschen Reichsbahn.

Im Neubau der Reichsbahndirektion Berlin wurde die sogenannte Zentraluhr aufgestellt. Da von hier sämtliche Bahnhöfe automatisch die mitteleuropäische Zeit übermittelt erhalten, können Zeitdifferenzen im Reich, und seien sie noch so gering, als beseitigt gelten.

Berlin, 26. Nov. Das Interview, das der Führer der G. 38 Kapitän Zimmermann, mit der „Stampa“ gehabt haben soll, und in dem Kapitän Zimmermann angeblich erklärt hatte, die G. 38 lasse sich ohne Schwierigkeiten mit Kanonen ausrüsten und zu einem Kriegsfugzeug umwandeln, ist, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, gefälscht.

Großer Gelddiebstahl.

Frankfurt a. M., 26. Nov. Heute gegen 12 Uhr mittags wurde in dem Bureau des G. D. A. in der Hochstraße 48 dem Assistenten der Firma Beer Sondheimer eine Kistenmappe, in der sich 1200 Mark Kleingeld in 1-, 2-, 3- und 5-Markstücken, 1000 Mark in 10-Mark-Scheinen und 6800 Mark in 50-Mark-Scheinen, also zusammen 9000 Mark befanden, durch unbekannte Täter entwendet und dafür eine Kistenmappe mit einem Ziegelstein und Papier gefüllt hingelassen. Die entleerte Mappe des Boten wurde kurze Zeit darauf im Hause Neue Rothstraße gefunden. Dort sind zwei Personen, von denen die eine die Mappe bei sich trug, beobachtet worden. Es handelt sich zweifellos um die Täter. Nach dem Inhalt der zurückgelassenen Kistenmappe zu urteilen, handelt es sich um internationale reisende Betrüger. — Eine dieser beiden Personen ist etwa 36 Jahre alt, 1.70 Meter groß, kräftig, hat rundes, glattes, bartloses Gesicht, hohe Stirn, schwarzes Haar und breites Kinn. Sie trug einen blauen Winterulster und hellgrauen Hut. Die andere Person kann nicht näher beschrieben werden. Sachdienliche Angaben hauptsächlich über Personen, die sich durch große Gelbwasche bemerkbar machen, werden vom Hauptregnat der Kriminalpolizei, Zimmer 403 des Polizeipräsidiums, entgegengenommen.

Für nur

RM 6.-

erhalten Sie
die Fortsetzung
der Sammlung

Musikalische Edelsteine

Eine Auswahl von

42 der schönsten Opern-, Operetten-Melodien, Salonstücke, Tonfilm-, Tanzschlager usw. für Klavier bzw. Gesang u. Klavier

enthalten in dem

neu erschienenen

Band 13

MUSIKALISCHE EDELSTEINE

Aus dem Inhalt:

Samson und Dalila, Potpourri Saint-Saens
Königskinder, Potpourri mit Text Humperdinck
Land des Lächelns, Potpourri mit Text Lehár
Zigeunerbaron, Potpourri Strauss
Walzer No. 1 op. 83 Durand
Simple aveu Thomé
Largo aus der neuen Welt-Symphonie Dvorak
Der Schwan Saint-Saens
Arabeske Nr. 1 Debussy
Gretel, Lied Pfitzner
Heimkehr, Lied Richard Strauss
Am Rhein, Lied Humperdinck
Czardas Nicklass-Kompner
Eine Freundin so goldig wie du, Tango Will Metcal
Zwei rote Lippen u. ein roter Tarragona
(Adios Muchachos) Tango Sanders
Erika, brauchst du nicht einen Freund? Tango Metcal
Liebeswalzer, aus der gleichnamigen Tonfilm-Operette W. R. Haymann
Leb' wohl, Matrose, Tango Reich
Walderlust, Walzerlied Minor
Jung Deutschland, Marsch-Potpourri Wönliger
usw. usw.

Beachten Sie: Alle 42 Stücke würden bei Einzelkauf über RM. 70.- kosten!

Prachtausstattung! Eleg. Ganzleinenband! 176 Seiten stark!

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder durch den VERLAG ANTON J. BENJAMIN, A.-G., LEIPZIG C1, TAUBCHENWEG 20.

Ab Donnerstag

den 27. November, ist
unser Telefonanschluss

Bad Homburg
2455 und 2456

nach Geschäftsschluss:
nur 2456

Nassauische Landesbank
Landesbankstelle Bad Homburg v. d. H.

Erlöserkirche.

SONNTAG, den 30. Novbr. 1930
(1. Advent) nachmittags 5 Uhr

ADVENTS-FEIER
mit J. S. Bach:
Weihnachts-Oratorium
I. Teil, Kantaten 1—3
auf die Weihnachtsfeierlage, ungekürzt

Unser Laden

befindet sich ab heute in den
Städtischen Marktlauben.

Städtisches Gas- u. Wasserwerk.

Hypothekencapital

auf gute Objekte und an pünktliche Zinszahler
zu günstigen Bedingungen auszuleihen durch

H. E. Ludwig,

Telefon 2257

Luisenstraße 103

**Reks- und
Lebkuchenbräun**
täglich frisch
Arrabin's
Zwiebackfabrik,
Elisabethenstraße 37.

Zum Flechten von Mohrrüben
sowie Anfertigen und Reparaturen
von Körben u. Stroh-
möbeln aller Art empfiehlt
Karl Arnold
Korbmacher, Brendelsstr. 4
Sachen werden abgeholt, Vor-
zarte genügt.

Große
Damenhandtasche
aus braunem Leder, be-
geffert (Inhalt eine ge-
dene Damenuhr, Silber-
kl. Dose, Taschentuch, Gelb-
schokolade mit 10 Mh. A.
Portemonnaie mit ra. 3 M.
Kurkarle v. Bad Homburg
auf den Namen: Frau P.
Izgepräsident Kleiböhmer
sowie ein Paar daneben
liegende, braune Wild-
berhandschuhe im Besess-
des Kurhauses in einer Se-
lacke am 25. Novbr. ge-
schen 5 u. 6.30 Uhr abend
abhanden gekommen.
Wiederbringer erhält hoh
Belohnung. Abzugeb. Bill.
Flora, Promenade 23, 1. E.
Junge Fran empfiehlt sich
Flicken und Nähen
zu den billigsten Preisen.
Offerten unter B. 100
die Geschäftsstelle d. S.

**Alteisen u.
Metalle**
kauft
Sal. Idstein,
Promenade 14, Telefon 291

Inserieren
bringt Gewinn

Ämtliche Bekanntmachungen.

Gonzenheim.

Steuerermahnung.

Die Steuerpflichtigen werden hiermit an die am 15.
d. M. fällig gewesene Novemberrate der Grundvermö-
gens- u. Hauszinssteuer pp. erinnert.

Gegen säumige Zahler, die nun bis zum 1. Dezbr.
ihrer Zahlungspflicht nicht nachkommen, wird das Zwangs-
verfahren eingeleitet.

Gonzenheim, den 24. November 1930.

Die Gemeindekasse.

Aufgeweckter Junge mit nur besten Schulzeugnissen
wird zum sofortigen Eintritt als

Buchdrucker-Lehrling

von blätiger Druckerei gesucht. Schriftl. selbstgeschriebene
Angebote mit Lebenslauf unter S. G. 650 befördert die
Geschäftsstelle der „Homburger Neueste Nachrichten“.

Leibbinden u. Bruchbänder



aller Systeme



Plattfuß-Einlagen — Gummistrümpfe
in nur guter Qualität und großer Auswahl.

Sanitätshaus Carl Ott, G. m. b. H.

Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

An- u. Abmelde Scheine

vorrätig im Verlag der
Homburger Neuesten Nachrichten.

Nur für Rundfunkhörer

die es noch nicht wissen: Das aus-
führlichste Rundfunk-Programm der
Welt und den weiteren interessanten
reichillustrierten Inhalt finden Sie in der
ältesten deutschen Funkzeitschrift
Der Deutsche Rundfunk
Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.—. Eine
Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt
und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Verantw. für den redaktionellen Teil: E. Herz, Bad Homburg
für den Anzeigenteil: Jakob Müller, Oberurzel.
Druck und Verlag: Otto Wagenbreth, Bad Homburg

Polnische Schikanen.

Das Vorgehen gegen den Sejmabgeordneten Graebe.

Der verdiente Führer des Deutschtums in Polen, der ehemalige Sejmabgeordnete Oberstleutnant a. D. Kurt Graebe, wurde von der Strafkammer des Bromberger Bezirksgerichts zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Staatsanwalt und Verteidiger haben sofort Berufung eingelegt.

Der Prozeß gegen Graebe schloß sich unmittelbar die verurteilten Deutschtumsprozesse an. Graebe, Mitbegründer des von den Polen widerrechtlich geschlossenen „Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte“, war bis 1922 dessen Hauptgeschäftsführer und dann Vorstandsmitglied. Man wirft dem Deutschtumsbund vor, daß er mit ungesetzlichen Mitteln die Ausführung von Gesetzen und Verwaltungsverfügungen habe vereitelt und schwächen wollen und klagt Graebe an, daß er die im vorigen Jahre verurteilten Herren Dr. Heideck, Dr. Scholz, Dobbertmann usw. mit entsprechenden Aufträgen versehen habe. Und zwar soll sich diese „Schwächung und Verhinderung“ bezogen haben auf ein Gesetz vom Jahre 1920 über die Übertragung der Finanzrechte deutscher Staaten auf Polen, auf ein Gesetz über die Liquidierung von Privateigentum, auf ein Gesetz über die Aushebung von Staatsbürgern zum Heeresdienst vom Jahre 1920, auf eine Verfügung des Innenministeriums vom Jahre 1920 über Gründung öffentlicher Volksschulen für die Minderheiten usw. Außerdem habe er Anfang 1922 Tätigkeiten abgelehnt, die das Unternehmen des Hochverrats vorbereiteten und mit dem Koffhändlerbund in Deutschland zum Schaden des polnischen Staates und zum Nutzen des Deutschen Reiches Fühlung aufgenommen.

Die Anklage behauptet fälschlicherweise, daß der Deutschtumsbund sich nicht zum Vereinsregister angemeldet habe, daß er ein Staat im Staate habe werden wollen, daß er seine Mitglieder, die ihren Beitrag nicht leisteten, auf eine schwarze Liste gesetzt und exkommuniziert habe. Insbesondere aber wirft man Graebe vor, daß er den sogenannten „annulierten“ deutschen Ansiedlern, solchen also, deren Rechte Polen nicht anerkennt, geraten haben sollte, ihre Besitzungen auf nachschärfstem Druck zu verlassen und gleichzeitig einen Wölferbund zu gründen.

Das polnische Liquidationsrecht.

Außerdem das bewegliche Vermögen umfaßt, und Graebe habe den Ansiedlern Ratsschlüsse gegeben, dieses zu retten. Ferner wird Graebe angeklagt, den zur Option Berechtigten geraten zu haben, ihre Option nicht auszunutzen und polnische Staatsbürger zu werden, oder ihre Option zurückzuziehen, weil sie unter Zwang erfolgt sei. Schließlich habe der Anklagte eine Statistik des Deutschtums durch Lehrer stellen lassen, die er damit zur Verletzung ihres Amtsgeheimnisses verleitet habe, er habe mit veranlaßt, daß an Orten, wo keine 40 zur Unterhaltung einer Minderheitschule nötigen deutschen Kinder mehr beisammen waren, man sich Kinder von benachbarten Orten „auspumpe“, um die Schule aufrechtzuerhalten; er habe Lehrern Geldunterstützungen ausbezahlt lassen.

Das schrecklichste Verbrechen sieht aber endlich die Anklage in der Verteilung der Koffhändlerbundesmedaillen. Sie sind für Kriegsteilnehmer bestimmt, die Mitglieder eines Kriegervereins sind, und solcher Mitglieder sei die Mitgliedschaft im Deutschtumsbund gleichgeachtet worden. Graebe habe die Medaillenverleihung registriert und so eine Stammtafel, ein militärisches Cadre, für den Fall eines deutsch-polnischen Krieges aufgestellt.

Wer den allezeit loyalen Führer des Deutschtums in Polen, Kurt Graebe, kennt, wird über die Anklage nur lächeln. Wer andererseits den Prozeß gegen seine Leidensgenossen vom April dieses Jahres kennt, mußte befürchten, daß, zumal angesichts der Mentalität gegen alles Deutsche im Polen Pilsudskis, mit einer erneuten Verurteilung zu rechnen war. Sie liegt durchaus im Zuge der letzten.

Wahlrechtsentziehungen und Anechtungen.

denen die Minderheiten gerade jetzt eben in Polen ausgesetzt sind. Es hat die Bromberger Richter wenig verstimmt, daß die Frage der annullierten Ansiedler und der Liquidationen von Graebe auch an den Wölferbund herangebracht und von diesem zu seinen Gunsten bereits entschieden worden ist. Um so notwendiger ist es, die Weltöffentlichkeit aufzuklären, daß hier in Bromberg in diesen Tagen ein Fendenzprozeß geführt wurde, dessen Ausgang nicht das geringste gegen die Loyalität der polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität bewies.

Welt und Wissen.

Gefangene übertragen Bücher in Blindenschrift.

— In Norwegen wurde ein Versuch gemacht, geeignete Gefangene damit zu beschäftigen, daß sie Bücher aus dem Schwarzdruck in Blindenschrift übertragen. Es ist das eine Tätigkeit, die früher bei uns von vielen freiwilligen Helfern ausgeübt wurde. Dazu notwendig ist das nicht gerade schwierige Erlernen der Blindenschrift und auch möglichst der Blindenkurzschrift, einer Abkürzungsschrift, in der z. B. der Buchstabe „a“ das Wort „aber“, der Buchstabe „b“ das Wort „bei“ bedeutet usw. Ferner ist der Gebrauch einer Blindenschriftmaschine erwünscht, die ein sehr viel schnelleres Arbeiten gestattet als die Benutzung des Griffels und der Schreibtafel, mittels deren die Punkte der Blindenschrift einzeln, und zwar als Blindenschrift, in das Papier eingedrückt oder richtiger aus ihm herausgedrückt werden müssen. Die Blindenkorrespondenz, der Pressedienst der Arbeitsgemeinschaft der großdeutschen Blindenverbände, machte auf die in Norwegen gemachten Erfahrungen aufmerksam. Bald konnte sie auch über Versuche in Nürnberg berichten, die zufriedenstellend ausfielen, und neuerdings ist sie in der Lage mitzuteilen, daß auch in Münster i. Westf. mit der Beschäftigung Gefangener an der Blindenschriftmaschine gute Erfahrungen gemacht wurden. Dort werden zur Zeit vier Gefangene, die sowohl die Blindenkurzschrift, als auch die Kurzschrift gelernt haben, mit der Übertragung aus Schrift in Blindenschrift beschäftigt. Sie benutzen die bekannte Pichische Blindenschriftmaschine, die ihnen von den Auftraggebern gestellt wurden. Daß die Direktion der Anstalt den Nutzen solcher Beschäftigung nicht gering einschätzt, dürfte daraus hervorgehen, daß sie selbst die notwendigen Maschinen in Auftrag gegeben hat. Sie teilt mit, daß noch weitere Gefangene für die Arbeit an der Blindenschriftmaschine in Frage kommen würden, sobald mit genügend vielen Aufträgen zu rechnen sein würde.

Ueber Schmerzen beim Witterungswechsel.

wird oft geklagt, z. B. von Rheumatikern. Untersuchungen von Professor Dr. Schloemann haben den Zusammenhang erwiesen. So werden die Nervenschmerzen nach Schlägverletzungen verschlimmert bei Witterungswechsel, der mit starken Luftdruckschwankungen verbunden ist. Das beobachtet man besonders beim Übergang zu schlechterem Wetter, namentlich beim Nahen eines Gewitters. Mehr läßt sich aber kaum sagen. Gewiß spielen dabei auch die elektrischen Verhältnisse der Luft eine nicht unbedeutende Rolle.

Herstellung und Verkauf des Buches.

Von der Druckerei zum Leser.

Wer kauft von der Papierfabrik das Papier, wer beauftragt die Buchdruckerei mit der Drucklegung eines Buches, wer läßt das Buch einbinden? Der Verlag. Der Verlag erwirbt vom Verfasser des Buches das Verlagsrecht, indem er mit dem Verfasser einen Vertrag abschließt, der ihm gegen Bezahlung gestattet, dessen Werk zu drucken und zu verkaufen. Nur mit Erlaubnis des Verfassers dürfen dessen Werke nachgedruckt werden. Nachdruckfrei werden sie erst dreißig Jahre nach seinem Tode.

Selbstverständlich wird der Verlag nur die Verlagsrechte solcher Bücher erwerben, von denen er glaubt, daß sie Leser finden werden. Da der Verlag der Auftraggeber ist, bestimmt er allein, wie das Buch gestaltet werden soll. Er sucht die Papiersorte aus, er setzt das Format fest, er gibt dem Buchdrucker die Art und Größe der Schrifttype an. Von ihm hängt es ab, ob dem Buch Bilder beigegeben werden sollen, und nach seinen Angaben wird der Einband hergestellt. Aber der Verlag stellt nicht nur Bücher her, er muß sie auch verkaufen. Das ist nur möglich, wenn seine Bücher bekannt werden. Um sie bekannt zu machen, verschickt er gedruckte Anzeigen, läßt in die Zeitungen und Zeitschriften Anzeigen setzen und schickt das Buch selbst an die Buchkritiker der Zeitungen und Zeitschriften, damit sie es ausführlich besprechen. Vor allem wendet sich der Verlag aber an die Ladenbuchhandlungen, die mit dem Fachausdruck Sortimentbuchhandlungen bezeichnet werden. Hier im Buchladen wird das Buch nun unmittelbar mit seinen Käufern in Berührung gebracht. Jeder der vielen bestehenden Verlage wirkt natürlicherweise nur für die Bücher, die er selbst herstellt, während die Sortimentbuchhandlungen auf breiterer Grundlage arbeiten. Sie wollen dem Leser die Kenntnis guter Bücher vermitteln, ohne Rücksicht darauf, in welchem Verlage sie erschienen sind.

Der Ladenbuchhändler benutzt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, um das Buch bekanntzumachen. Er stellt in seinem Schaufenster die Bücher aus, wo die Vorübergehenden es sehen können, er legt es auf seinen Ladentisch aus, wo es der Besucher des Ladens selbst in die Hand nehmen kann. Kunden, von denen der Buchhändler glaubt, sie würden das Buch gern kennenlernen, schickt er Anzeigen zu, oder er schickt sogar das Buch zur Ansicht ins Haus. Oftmals stellt der Buchhändler auch außerhalb seiner Buchhandlung Bücher aus. Zu diesen Ausstellungen gehören auch die Weihnachts-Ausstellungen in den Schulen. Der Buchhändler arbeitet bei diesen Ausstellungen mit der Lehrerschaft zusammen. Er stellt nur solche Bücher aus, die von der Lehrerschaft gewünscht werden, so daß die Eltern wissen, alle in der Schule ausgestellten Bücher sind gut. Eine gute Buchhandlung hat aber auch in ihrem Laden nur gute Bücher. Minderwertige Bücher nimmt sie gar nicht auf ihr Lager.

Viele verschiedene Arbeiten müssen getan werden, bis endlich das Buch in der Hand des Lesers liegt. Alle Leser sollten sich daran erinnern, daß die vielen, vielen Arbeiter, die alle am Buch mitarbeiten, von dieser Arbeit leben müssen. Sie alle sind davon abhängig, daß Bücher gekauft werden. Es ist nicht möglich, daß man sich jedes Buch kaufen kann, das man lesen möchte. Aber niemand sollte immer nur geliebene Bücher lesen. Wer liest, sollte daran denken, wieviel Arbeit für ihn, den Leser, geleistet worden ist, und daß er dieser Arbeit gegenüber nach seinen Kräften auch Verpflichtungen zu tragen hat.

5

7 Uhr abends

Februar

Roman von Paul Glemos

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[23]

Kergerlich darüber, daß sein Besuch erfolglos geblieben war, nahm er den Weg zu seiner Junggesellenwohnung. Aber bevor er das Zimmer verließ, konnte er der Versuchung nicht widerstehen, noch einmal an dem Fläschchen mit dem Houbigant Jasmin zu riechen.

Es war längst sieben Uhr vorbei. Hell brannten auf den Straßen schon die Lichter, als Seiden noch immer bei Hede Lammont saß, um auf den Regierungsrat zu warten. Die Unterhaltung zwischen beiden ging nur langsam voran, aber sie empfanden das nicht als Stöckung. Sie saßen einander gegenüber wie Vertraute, die es sich erlauben dürfen, sich gegenseitig nur stumm zu unterhalten. Zwischen grauen Rauchwolken sah er ihr Gesicht nur unbestimmt: die Konturen verschwommen, weicher, als es in Wirklichkeit war; denn bei Tageslicht betrachtet, hatte Hede Lammont energische Züge, energischer als ihr Bruder. Und erst wenn sie zu sprechen anfing, löste sich die Stille ihres Antlitzes in Anmut und Güte.

Wäre er Hede Lammont irgendwo im Café oder in der Eisenbahn begegnet, sie wäre mit ihren kurz geschnittenen, nach Herrenart geschlitzten Haaren und ihren hübschen Augen sicherlich nicht sein Typ gewesen; aber er hatte hier in dämmeriger Abendstunde mit ihr gesprochen, hatte einen Hauch zu fühlen bekommen von der zarten Liebe, die sie für ihren Bruder empfand, und fühlte sich als ihr Freund und Vertrauter.

Hede Lammont fand natürlich auch Gefallen an ihm; sie verglich ihn im Geist mit Dagmann. Sie wußte, daß Dagmann sie heimlich verehrte. Und wie sie ihren Bruder im Verdacht hatte, der Andersen zugetan zu sein, hatte

sie das Empfinden, daß ihr Bruder sie gern an Dagmann verheiratet hätte. Bis heute hatte sie zwar überhaupt noch keine Lust zu heiraten. Aber das Ergebnis ihrer Betrachtungen war doch, daß sie lieber Seiden als Dagmann geheiratet hätte.

Als die Standuhr darauf im Zimmer halb acht Uhr schlug, schreckte Seiden im Brüten auf. Er fand, daß er lange genug auf Lammont gewartet habe und daß es nun Zeit sei, zu gehen.

„Bleiben Sie wenigstens noch einen Augenblick“, bat sie. „Ich werde noch einmal den Theresienbau anrufen. Vielleicht ist er jetzt draußen im Gefängnis.“

Seine Antwort wartete sie nicht ab, sondern entfernte sich.

Seiden war aufgestanden. Er kam sich dienstvergesen vor. In amtlicher Eigenschaft war er hergekommen; er hatte sich aber nicht sehr amtlich benommen. Und als müsse er das außerdienstliche Verhalten der letzten Stunde gutmachen, fing er jetzt vor seinem Weggehen an, das Zimmer mit kriminalistischem Blick zu betrachten.

Als guter Kriminalist wandte er sein Interesse instinktiv dem Papierkorb zu, da jeder Kriminalist weiß, daß sich in weggeworfenen Papieren hier und da ein wichtiger Fingerzeig zur Aufklärung eines Verbrechens befindet.

Und er war erschrocken über den Erfolg, den sein verstoßenes Suchen zeitigte. Er holte aus dem Papierkorb einen Fegen Papier, offenbar ein Teil eines Briefes, der zerrissen und mit Schiffszügen bedeckt war, die ihm bekannt vorkamen.

Diese tosketten Schriftzüge mit den kleinen Mittellängen und den langen Unterlängen, unten verdickt und geknickt, kannte er. Es war dieselbe Schrift, die ihm heute Jfenbeil gezeigt hatte: die Schrift der Vera Keefe.

Er überlegte nicht lange, denn Hede Lammont konnte jeden Augenblick zurückkommen. Er beugte sich tiefer über den Papierkorb; der war fast leer. Nur zwanzig bis fünf- und zwanzig kleine Zettel lagen in ihm. Alles offenbar Bruchstücke des Keefeschen Briefes. Er steckte sie alle in seine Tasche und beschloß, sie zu Hause zu sichten.

Im nächsten Moment schon kam Hede Lammont zurück, und er hatte Mühe, unbefangen zu schmecken.

„Mein Bruder ist auch nicht im Theresienbau“, erklärte sie. Und auf ihrem Gesicht war die Sorge über den Verbleib des Bruders zu lesen.

„Vielleicht ging er spazieren“, tröstete sie Seiden, um nur etwas zu sagen.

„Wo kann ich Sie erreichen, Herr Staatsanwalt“, fragte sie, „wenn er zurückkommt? Sie werden ihn doch bestimmt heute noch sprechen wollen?“

Er gab ihr die Nummer seiner Wohnung an und verabschiedete sich. Er kam sich mit einem Male Hede gegenüber wie ein Spon vor.

Stiebendes Kapitel.

Vera Keefe bereitet Schwierigkeiten.

Der Mord an Vera Keefe war nicht der erste Mord, den Gambichler zu bearbeiten hatte, und es ließ sich nicht behaupten, daß Gambichler persönlich berührt war, als er die Nachforschungen in diesem Falle aufnahm.

Zunächst vertiefte alles sehr nach der Schablone. Als er die Keefe vorgefunden hatte, vermied er es natürlich, Spuren zu beseitigen oder auch nur zu verwischen. Er schloß das Keefesche Zimmer zunächst ab, begab sich auf die Straße, winkte einen Schuhmann heran, setzte diesem auseinander, daß Staatsanwaltschaft, Gerichtsarzt, Gerichtsphotograph und Gerichtschreiber sofort herbeigezogen werden mußten. Außerdem gab er Auftrag, Doktor Carsten zu verständigen und ihm einige Hilfsbeamte sofort zur Mordstelle zu senden.

Dann begab er sich zurück ins Keefesche Zimmer und überprüfte die Situation, wie ein Feldherr das Schlachtfeld.

Vera Keefe mochte etwa fünf- und zwanzig Jahre alt gewesen sein. Sicherlich war sie nie eine Schönheit gewesen; aber es mochte eine Zeit gegeben haben, wo sie wenigstens als anziehend galt.

(Fortsetzung folgt.)

Nordische Gäste.

Auf ihren Zugstraßen oder in breiter Front kommen jetzt von Skandinavien, von den Gestaden der Arktis die dortigen Sommergäste, die der Wandertrieb, ein Erhaltungsinstinkt, in wärmere Klimate ziehen läßt. Während in den Wäldern rasch die kalten Blätter fallen, huschen die Hausbesitzer über die Wege mit ihren zierlichen Füßchen und den raschen, wippenden Kopfbewegungen.

Drosseln freischen im Gebüsch, vor allem die nordische Singdrossel oder Hirpe mit den dreieckigen und herzförmigen Flecken in der graubraunen Brustgegend. Ihr pfeifender, vielstrophiger Gesang hat herbliche Färbung wie letzte Liebeslieder zur nebelnassen Laute. Zwischen durch scharrt die Misteldrossel (Schändre), auch großer Krametsvogel oder Piemer geheißt, die als Lederbissen die glühenden Perlen der Mistel bevorzugt. Sie ist erkenntlich an den weißen Spitzen der äußeren Schwanzfedern und an den eifig vorgetragenen, einfachen Viedchen. Seltener sind Erd- und Walddrossel, die auf ihrer Raft von der Reise aus den Walddistrikten und Tristen des Lappländischen Gebirges von ihren kunstvollen Korbneßern, ihren 4—5 meergrünen, gefleckten Eiern, von den Vogelsteller erzählen, denen sie entgangen sind. Sie tun sich nun sehr an Schneeball- und Ebereschensbeeren gütlich. In Gesellschaft der Weindrossel (der norwegischen Nachtgall) mit hochrotem Brustschlag reißt die aschgraue Wacholderdrossel mit ihrer rostgelben Weste, die gepunktet ist mit halbmond- und pfelspitzenförmigen dunklen Flecken. Als Irrgäste tummeln sich auf den Wasserläufen ab und zu Lachmöven, vereinzelt auch Seeschwalben, und beim ersten Schnee stellen sich Hasel- und Schneehühner ein.

Im Abenddunkel trachten heiser in schriller Richtung fliegende Wildgänse, die der Volksmund nach Schnee schreien läßt, während die Wildenten in Kleinteile und die Kraniche schreiend im Dreieck fliegen. In Rudeln fliegen die weißgetupften Stare, die sich jetzt ansiedeln, uns zu verlassen, während die nordischen Meisen, Rot- und Blaumeisen ihre Plätze einnehmen. Emsig machen sich Heiß- und Hänfling über die reisenden Sterne der Sonnenblumen her und Buchfinken und Kohlmeise geben ihre dünnen Viedchen zum besten, Blaumeise, Tannenmeise und Baunkönig klettern durchs Gebüsch unserer Anlagen.

Das Große Los ist zu teuer. Wie der „Montagsmorgen“ erfahren haben will, ist der Verkauf der Lose der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie in einem Grade zurückgegangen, wie ihn niemand trotz der Lotterieförderung für möglich gehalten habe; das lasse sich schon jetzt an Hand des Verkaufs zur ersten Klasse übersehen. Nur wenige ganz große Lotterieleinnehmer waren so bescheiden das Blatt, imstande, ihren Losbestand auszuverkaufen. Die mittleren und kleinen Lotterieleinnehmer haben sämtlich einen beträchtlichen Teil, manche bis zu 40 und 50 Prozent, nicht unterbringen können. Besonders in den süddeutschen Ländern sei der Rückgang außerordentlich groß. Man sei sich weiter ziemlich einig darüber, daß auch bei den späteren Klassen ein günstigeres Resultat nicht mehr zu erwarten sei. Die meisten Lotterieleinnehmer haben die nicht untergebrachten Lose bereits an die Lotterieleitung zurückgeschickt, die nach Behauptung des Blattes mindestens ein Viertel der Lose als unverkäuflich zurückhalten habe.

Ein Todesopfer des Stuttgarter Autounfalls. Bei dem schweren Autounfall in Stuttgart, wo der Wagen in eine Sängerschule fuhr, wird weiter berichtet, daß im ganzen 28 Personen teils schwer, teils leichter verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Inzwischen ist der 42 Jahre alte Tischlermeister Spröcker seinen Verletzungen erlegen. Ein weiterer Schwerverletzter schwebt noch in Lebensgefahr.

Zugzusammenstoß bei Wiener Neustadt. In der Station End bei Wiener Neustadt überfuhr ein Zug das Signal und prallte auf einen in der Station stehenden Zug auf, der wegen Verlegung der Bahnstrecke durch vom Sturm geknickte Bäume hatte umgeleitet werden müssen. Zwei Beamte wurden schwer und sechs Passagiere leicht verletzt.

Die antisemitischen Ausschreitungen in Vorsa. Vor dem Gerichtshof in Satu (Rumänien) fand die Verhandlung im Prozeß wegen der antisemitischen Ausschreitungen in der Gegend von Vorsa zu Anfang dieses Jahres statt. Der Gerichtshof sprach die etwa 80 Angeklagten, darunter zwei Priester und 20 Israeliten, wegen Mangels an Beweisen frei, nur ein Student, der als Agitator bekannt ist, wurde zu 5000 Lei Geldstrafe verurteilt.

Große Veruntreuungen eines französischen Börsenmaklers. In Bordeaux wurden ein Börsenmakler, zwei seiner Angestellten und zwei Vertreter wegen Betrugs verhaftet. Die Höhe ihrer Veruntreuungen soll sich auf 17 Millionen Francs belaufen.

Französische Torpedoboote suchen nach dem vermissten Postflugzeug. Da die bisherigen Nachforschungen nach dem vermissten Wasserflugzeug der Linie Barcelona-Marseille ohne Ergebnis verlaufen sind, hat der Marineminister das Auslaufen einer ganzen Torpedoboote division angeordnet, die nach dem Flugzeug suchen soll.

Schneesturm in den amerikanischen Südstaaten. In den Staaten Neu-Mexiko, Colorado, Arizona, Kalifornien, Nevada, Texas und Oregon wüten Schneestürme von ungeheurer Heftigkeit. Nach den bisherigen Meldungen sind 15 Personen ums Leben gekommen, vielen werden noch vermist. In Kalifornien wurden bei den Trümmern eines während des Schneesturmes abgestürzten Verkehrsflugzeuges drei Leichen gefunden. Der im Süden des Staates mit besonderer Heftigkeit wütende Sturm hat den gesamten Verkehr lahmgelegt, Fenster scheiben eingedrückt, zahlreiche Schuppen umgerissen und Tausende von Bäumen entwurzelt. Vier Personen wurden getötet, zahlreiche verletzt.

Neue amerikanische Schiffe. Die Schiffsahrtsgesellschaft „United States Lines“ hat dem amerikanischen Marineamt die Baupläne für zwei Passagierdampfer von je 50 000 Tonnen vorgelegt, die mit Katapult-Flugzeugen ausgerüstet sein sollen und 120 Millionen Mark kosten werden. Es wird beabsichtigt, mit den Dampfern, deren Geschwindigkeit größer werden soll als die der deutschen Dampfer „Bremen“ und „Europa“, unter Zuhilfenahme von Zuhilfenahme von Flugzeugen und der Katapulteinrichtung einen Postdienst New York—London von drei Tagen einzurichten.

Sport-Nachrichten.

Fußball.

Ergebnisse der mainischen Kreisligen.

Südmaleinskreis: Kickers Oberthausen—Blauweiß Hargel 3:2; SV. 05 Oberthausen—Teutonia Hargel 3:2; Viktoria Kumpenheim—VSC. Oberthausen 1:2; Ballspiel Dietrichshausen—Kickers-Viktoria Wühlheim 2:0 abgebrochen.

Mittelmaleinskreis: SV. Reusel—SV. Somborn 1:3; Spvg. 60/94 Gnanu—Spvg. Langensfeld 4:0; Rema Wachenbuchen—FC. Mittelbuchen 5:0; 1. FC. Gelnhausen—SV. Klein-Steinheim 2:3; Spvg. Kälber—VfV. Groß-Rubel 2:0.

Ostmaleinskreis: Viktoria Aschaffenburg—SC. Freudenberg 5:1; SV. Zellhausen—Frankonia Rechenbach 3:3; SV. Stadladi—Viktoria Kahl 2:1; SV. Damm—Viktoria Erlenbach ausgefallen.

Um die süddeutsche Fußball-Meisterschaft.

Die Termine der Meistersrunde.

Wie der Spielausschuß des Süddeutschen Fußball- und Leichtathletik-Verbandes bereits vor einiger Zeit mitgeteilt hat, sollen die Endspiele um die süddeutsche Fußballmeisterschaft unbedingt am 4. Januar beginnen, um nicht den Terminalschwierigkeiten der vergangenen Jahre zu begegnen. Aus diesem Grunde ist es verständlich, daß bereits jetzt schon die Termine der Meistersrunde festgesetzt wurden. Denn dadurch haben die an dieser Runde beteiligten Vereine die Möglichkeit, rechtzeitig ihre Spielverpflichtungen dementsprechend zu treffen. Die Termine lauten:

4. Januar: Vorspiel 1. März: Rückspiel
Spvg. Fürtth—Saar
Württemberg—Main
Rhein—Karlsruher FV
Bayern München—Wormatia Worms
11. Januar: Vorspiel 8. März: Rückspiel
Saar—Württemberg
Main—Rhein
Karlsruher FV—Bayern München
Wormatia Worms—Spvg. Fürtth
18. Januar: Vorspiel 15. März: Rückspiel
Spvg. Fürtth—Main
Württemberg—Karlsruher FV
Rhein—Wormatia Worms
Bayern München—Saar
25. Januar: Vorspiel 22. März: Rückspiel
Spvg. Fürtth—Württemberg
Saar—Main
Rhein—Bayern München
Karlsruher FV—Wormatia Worms
1. Februar: Vorspiel 12. April: Rückspiel
Württemberg—Rhein
Main—Karlsruher FV
Bayern München—Spvg. Fürtth
Wormatia Worms—Saar
8. Februar: Vorspiel 19. April: Rückspiel
Spvg. Fürtth—Rhein
Saar—Karlsruher FV
Bayern München—Württemberg
Wormatia Worms—Main
22. Februar: Vorspiel 26. April: Rückspiel
Karlsruher FV—Spvg. Fürtth
Rhein—Saar
Württemberg—Wormatia Worms
Main—Bayern München

Die Meisterschaftsspiele, die wegen der DFB-Pokalspiele ausfallen, müssen bis 15. Februar und die, die infolge des Fußball-Länderspiels in Paris gegen Frankreich ausfallen, dann bis zum 22. März nachgeholt sein. Wegen des Länderspiels in Amsterdam ausfallende Spiele sollen am 3. Mai (Jugendtag) nachgeholt werden.

Fußballkampf Süd- gegen Norddeutschland.

Die süddeutsche Vertretung.

Für den traditionellen Fußballkampf zwischen den Verbänden von Süd- und Norddeutschland um den Goldpokal des Frankfurter Stadions, der am 14. Dezember in Frankfurt ausgetragen wird, hat der Süddeutsche Fußball- und Leichtathletik-Verband folgende Mannschaft aufgestellt:

Kreis
Rot-Weiß Frankfurt
Schäff
Stubb
(Eintracht Frankfurt)
Engel
Leinberger
Heldkamp
(Rot-Weiß Hfm.) (Spvg. Fürtth) (Bayern München)
Weller Henger Wöttinger Lachner Schäfer
Bayern (SC. Freiburg) (Bayern) (München 60)
Als Ersatzleute wurden Schmidt-1. FC. Nürnberg und Mantel-Eintracht Frankfurt nominiert.

Handball.

Verbandsspiele in Süddeutschland

Main-Hessen, A: Spielverbot.
Main-Hessen, B: Spielverbot.
Rhein: Pfalz Ludwigshafen—MTV. Mannheim 5:2; FV. Frankfurt—VfV. Mannheim 3:2; Ludwigshafen 03—Spvg. Mannheim 07 4:3.
Württemberg: Polizei Stuttgart—ASV. Zuffenhausen 3:2; Stuttgarter SC.—VfV. Stuttgart 1:1.
Nordbayern (Weg. Ost): 1. FC. Nürnberg—Nürnberg 5:2; Bar Kochba Nürnberg—Spvgg. Bayreuth 1:5.
Nordbayern (Weg. West): Spvgg. Fürtth—ASV. Nürnberg 12:0.
Südbayern: SCW. Ulm—1860 München 3:12; ASV. München—VfV. München 8:4; DSV. München—Ulm 1294 4:1.

Rugby.

Städtespiel in Berlin: Berlin—Pulawski 0:3.
Südkreis: RA. Pforzheim—RC. Cannstatt 0:4.
Freundschaftsspiele: SC. Frankfurt 1880—Heidelberger Rugbyclub 3:7.

Hockey.

Süddeutsche Privatspiele: Frankfurter TB. 1860—Rot-Weiß Frankfurt 2:1; TB. Frankfurt 1860—Damen—TB. Freudenheim 0:1; J. G. Sportverein Frankfurt—VfV. Jena 3:3; TSG. Wiesbaden—Hochstetter HC. 0:1; Damen: TSG. Wiesbaden—Hochstetter HC. 6:1; VfV. Stuttgart—Stuttgarter SC. 0:2; München—SC. Etuf Essen (Samstag) 1:3; Jahn München—Etuf Essen 0:3.

Sportneuigkeiten in Kürze.

Bei den süddeutschen Punktspielen am Sonntag wurden drei neue Meister ermittelt: Spvgg. Fürtth (Nordbayern), Bayern

München (Südbayern), Karlsruher FV. (Baden).

Der 1. FC. Nürnberg wurde in Berlin bei einem Privatspiel gegen Tennis-Borussia von 10 000 Zuschauern 1:0 (1:0) geschlagen.

Die süddeutsche Vereinsmeisterschaft in der Leichtathletik fiel an Stuttgarter Kickers vor VfV. Stuttgart, Saar 06 Saarbrücken, Eintracht Frankfurt und Freiburger FC.

In der Stuttgarter Sporthalle bestreiten am 8. Dezember Thol, Iembek, Grasslin und Dederichs die Steherrennen.

Ernst Gähling, der Stuttgarter Schwergewichtsbauer, kam in New York zu einem neuen Erfolg, er schlug den Italiener Salvatore Mugirello hoch nach Punkten.

Ernst Wiskula, der deutsche Halbschwergewichtsmeister und belgische Meister Almouline boxen am 5. Dezember in Berlin um die Europameisterschaft im Halbschwergewicht.

Ein Repräsentativkampf der DSV. Amateurbauer von Württemberg und dem Saargebiet endete mit einem 13:2-Sieg der Schwaben.

Hertha-BSC., der Deutsche Fußballmeister, wurde am Sonntag in Altona vom FC. 93 Altona mit 4:2 (Halbzeit 0:1) geschlagen.

Garmine, ein bekannter Schweizerischer Motorradfahrer, ist bei der Probefahrt mit einem neuen Automobil tödlich verunglückt.

Auf der süddeutschen Handballtagung wurde beschlossen, die Pokalspiele der Bezirksliga wegzulassen. Weiter wurde gefordert, daß an den deutschen Endspielen drei süddeutsche Vertreter teilnehmen sollen.

Frankfurter Börsenbericht.

Frankfurt a. M., 25. Nov.

Lebensg: leicht erhöht. Die heutige Börse eröffnete leicht erhöht, nachdem schon an der gestrigen Abendbörse kleine Anstöße zu einer Erholung zu verzeichnen waren. Die Spekulation schritt in Betracht des heutigen Prämienerklärungsabganges zu weiteren kleinen Deckungen, da sie in den letzten Tagen stark Ware abgegeben hatte. Die Umsatztätigkeit war etwas größer als an den Vortagen, nahm zeitweise recht lebhaftes Formen an.

Am Anleihemarkt gab es Mißbehag weiter nach, während Neubehag und Zinsrückgang 1/4 Prozent höher lagen.

Nach den ersten Kursen ging die Umsatztätigkeit wieder zurück, nachdem die Spekulation ihre Deckungen erledigt hatte. Die Stimmung war jedoch weiter etwas freundlicher, zumal der inzwischen bekannt gewordene Reichsbankausweis, der eine weitere Entlastung des Instituts aufwies, befriedigte. Die Kurse konnten zum Teil um Bruchteile eines Prozentes anziehen.

Am Geldmarkt war Tagesgeld mit 4 Prozent weiter erleichtert, Geld über Ultimo 6 bis 7 Prozent.

Frankfurter Devisen.

Amliche Frankfurter Notierungen vom 25. Nov. 1930.

London	20,348	Paris	16,455
Amsterdam	168,650	Schweiz	81,140
Stockholm	112,460	Spanien	46,450
New York	4,1895	Prag	12,425
Brüssel	58,410	Wien	58,970
Italien	21,930	Budapest	73,290

Die Notierungen verstehen sich in Goldmark für eine Einheit.

Tendenz: Erhöht.

— Berliner Produktenmarkt. Es wurden gezahlt für 100 kg: Weizen, märk. 25.00—25.10, Roggen, märk. 14.70—14.80, Braugerste, märk. 19.20—21.40, Futtergerste 17.30—18.00, Weizen, märk. 13.80—14.70, Weizenmehl 29.00—37.25, Roggenmehl 23.50 bis 26.75, Weizenkleie 8.50—9.00, Roggenkleie 8.25—8.75, Viktoriaerbsen 25.00—31.00, kleine Erbsen 24.00—26.00, Futtererbsen 19.00 bis 21.00, Beluschen 19.00—20.00, Ackerbohnen 17.00—18.00, Weizen 17.00—20.00, Rapssamen 8.50—9.50, Leinsamen 14.90—15.30, Trockenschrot 5.40—5.90, Sojabohnen 13.30—13.90.

— Rohstoffe: braungr. Roggenstroh 0.70—0.80, do. Weizenstroh 0.60—0.70, do. Haferstroh 0.65—0.75, do. Gerstenstroh 0.65 bis 0.75, gebund. Roggenlangstroh 0.80—1.00, bindladengepr. Roggenstroh 0.75—0.85, do. Weizenstroh 0.65—0.75, Häckel 1.50—1.60 handelsüblich. Heu, gel. trocken 1.40—1.75, gutes Heu (1. Schnitt) 1.85—2.35, Luzerne, lose 2.90—3.30, Thymotte, lose 2.80—3.10, Stroh, lose 2.60—3.00, Weizenheu, lose (Wartbe) 1.65—1.85, do. (Havel) 1.20—1.50, drabgepr. Heu 40 Pfg. über Notiz. Alig. Tannbry: matter.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer Zeitungskongress im Werden?

Berlin, 26. Nov. Wie wir erfahren, hat Hermann Wüst, der jüngste der fünf Brüder Wüst, der seine Tätigkeit in der Wüst-Verlagsgesellschaft vor zwei Jahren ausübte, sich jetzt persönlich der „Neuen Leipziger Zeitung“ maßgeblich beteiligt. Er hat die Absicht, sich auch bei anderen Verlagsunternehmungen außerhalb Berlins zu interessieren.

Der Prozeß wegen des „Halblandes der Kaiserin Marie Louise“.

New York, 26. Nov. Erzherzog Leopold von Oesterreich, der beschuldigt war, ein seiner Großmutter, der Erzherzogin Marie Theresia gehörendes Halsband, das ein Geschenk Napoleons an Marie Louise gewesen sein soll, ohne Ermächtigung der Kaiserin zu einem Spottpreis verkauft zu haben, wurde von der Kaiserin freigesprochen. Ein weiteres Verfahren gegen den Erzherzog im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit ist noch im Gange.

Steuer- und Zollvergehen.

Anzeigen gegen Direktoren der Deutschen Bank

Die Berliner Justizpressestelle meldet: Bei der Staatsanwaltschaft in Berlin sind bisher zwei Anzeigen gegen Direktoren der Deutschen Bank wegen Steuer- und Zollvergehen eingegangen. Beide Anzeigen sind auf Grund der §§ 346, 389 des RVO an die Finanz- bzw. Zollbehörde abgegeben worden und werden zur Zeit beim Landesfinanzamt für Berlin und Brandenburg bearbeitet.

Zu dieser Mitteilung erklärt die Deutsche Bank und Kontogewalt, daß sie die in der Presse gegen einzelne Mitglieder ihrer Verwaltung erhobenen Angriffe selbstverständlich zum Gegenstand eingehender Untersuchungen gemacht hat, daß sie aber angesichts der bei den zuständigen Behörden schwebenden Ermittlungen zu der Angelegenheit in der Öffentlichkeit keine Stellung nehmen zu sollen glaubt. Sie unternehme auch nicht und habe nichts unternommen, um Veröffentlichungen in Zeitungen oder deren Verbreitung zu behindern.